WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Praxistage für die SPD

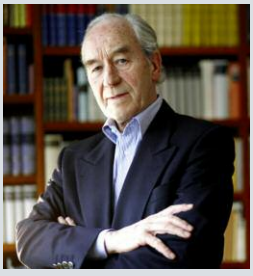
Das zur strikten Neutralität verpflichtete Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat in einem Rundschreiben an seine Kreisverbände für eine SPD-Veranstaltung geworben und muss sich nun korrigieren. Es geht um „Praxistage“ ab Ende Februar, an denen die SPD ihre Abgeordneten bundesweit in Alten- und Pflegeheime schicken will. Dort sollen sie sich nach dem Willen von Parteichef Sigmar Gabriel mit der „Alltagswirklichkeit“ vertraut machen, „Sprachrohr der Betroffenen sein“ – und nebenbei für SPD-Positionen in der Gesundheitspolitik werben. Das DRK fügte dem Terminhinweis auch einen fünfseitigen Leitfaden der SPD-Parteizentrale mit Bestelladressen für Plakate und Gesundheitsbroschüren sowie ein Schreiben Gabriels bei. Jörg Twenhöven, DRK-Präsident von Westfalen-Lippe, spricht nun von einer „peinlichen Panne“. In E-Mails werden die Kreisverbände der Wohlfahrtsorganisation jetzt aufgefordert, auch Vertreter anderer Parteien einzuladen. Die Vizepräsidentin des DRK, Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, die gleichzeitig Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ist, hatte die Aktion mit dem Sozialdemokraten Gabriel besprochen. Eine gemeinsame Pressekonferenz mit dem Parteivorsitzenden sagte sie inzwischen ab: „Wir wollen doch keine Reklame machen für die SPD.“

H. NITSCHMANN / BW PHOTOAGENTUR

Energiekonzern EnBW in Karlsruhe

BADEN-WÜRTTEMBERG

„Ein krasser Fall von Übermut“



TIM WEGNER

Der Berliner Verfassungsrechtler Hans Meyer, 77, über den Kauf von Anteilen am Energiekonzern EnBW durch das Bundesland Baden-Württemberg

SPIEGEL: CDU-Ministerpräsident Stefan Mappus hat durch den Rückkauf der EnBW-Anteile vom französischen Konzern EDF ein Geschäft mit einem Volumen von annähernd fünf Milliarden Euro abgeschlossen, ohne den Landtag einzubeziehen. War das korrekt?

Meyer: Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Parlaments, und meiner Meinung nach hätte der Landtag eine finanzielle Entscheidung von dieser Tragweite problemlos durch den Beschluss eines Nachtragshaushalts legitimieren können.

SPIEGEL: Laut Verfassung kann aber doch ohne das Parlament entschieden werden, wenn ein „unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis“ vorliegt?

Meyer: Eigentlich ist diese Regelung aber für Notfälle wie eine Naturkatastrophe gedacht. Mir ist nicht ersichtlich, was bei diesem Geschäft unvorhersehbar gewesen

MAURIZIO GAMBARINI / DPA

Ahlhaus mit Ehefrau Simone

HAMBURG

Ahlhuis unter Reet

Hamburgs Erster Bürgermeister, Christoph Ahlhaus (CDU), fühlt sich auf der Promi-Insel Sylt offenbar sicherer als in der Hansestadt oder in Heidelberg. Während seine Immobilien in den beiden Städten für gut 1,2 Millionen Euro Steuergeld sicherheitstechnisch aufgerüstet wurden, kann das Sylter Domizil des Regierungschefs – als „Ahlhuis unter Reet“ (www.sylt-travel.de) nur sehr oberflächlich getarnt – vollkommen ungeschützt von jedermann gemietet werden. Die „exclusive, neu renovierte 4-Sterne-Wohnung mit allem Komfort“ besticht unter anderem durch zwei geschmackvoll eingerichtete Schlafzimmer mit getrennten Betten. Im Hamburger Rathaus heißt es, dass die Sylter Wohnung bislang ungesichert sei, weil es sich um ein Ferienobjekt handele, das häufig vermietet und von Ahlhaus selbst sehr selten genutzt werde.